

Dr. Margarete Schramböck
 Bundesministerin für Digitalisierung und
 Wirtschaftsstandort

Präsident des Nationalrates
 Mag. Wolfgang Sobotka
 Parlament
 1017 Wien

buero.schramboeck@bmdw.gv.at
 Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: 2021-0.434.910

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)7072/J-NR/2021

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 7072/J betreffend "Auskunft zu Impfstatus nicht verpflichtend", welche die Abgeordneten Peter Wurm, Kolleginnen und Kollegen am 17. Juni 2021 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 und 5 bis 7 der Anfrage:

1. *Sehen Sie datenschutzrechtliche Probleme im Zusammenhang mit dem Corona-Impfstatus innerhalb des Arbeitsverhältnisses?*
5. *Werden Sie sich dafür einsetzen, den Impfstatus von Arbeitnehmern mittels des „grünen Passes“ für Arbeitgeber einsichtig zu machen?*
6. *Könnten Sie sich vorstellen, dass Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz gefährdet sehen, sollten Sie sich nicht impfen lassen?*
7. *Inwiefern werden Sie sich dafür einsetzen, Arbeitnehmern einen besonderen Schutz zukommen zu lassen, sollten diese aufgrund ihres Impfstatus gekündigt oder entlassen werden?*

Da den diesbezüglichen Ausführungen des Herrn Bundesministers für Arbeit in seiner Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 7071/J seitens des Bundesministeriums für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort vollinhaltlich beigetreten wird, kann auf diese verwiesen werden.

Antwort zu den Punkten 2 bis 4 der Anfrage:

2. *Sehen Sie den Wirtschaftsstandort Österreich durch eine gesetzliche Verpflichtung des Impfstatus in Zukunft gefährdet?*
3. *Werden Sie sich dafür einsetzen, eine gesetzliche Verpflichtung zur Impfung in Österreich umzusetzen?*
4. *Wenn ja, inwiefern soll eine Verpflichtung über den Impfstatus umgesetzt werden?*

Eine gesetzliche Impfpflicht steht nicht zur Diskussion.

Antwort zu den Punkten 8 und 9 der Anfrage:

8. *Sind Ihnen bisher bereits Fälle von Arbeitnehmern bekannt, die aufgrund ihres Impfstatus gekündigt wurden?*
9. *Wenn ja, wie viele?*

Nein.

Wien, am 17. August 2021

Dr. Margarete Schramböck

Elektronisch gefertigt

